Nacht-Telegramme.

Wien, 4. März. Die „Pol. Korr." veröffentlicht aus Konstantinopel die authentischen Details der vom Sultan genehmigten türkisch-montenegrinischen Grenzlinie, welche vorgestern dem Grafen Corti von der Pforte offiziell mitgetheilt wurde. — Der Sultan ordnete an, daß das Begräbniß des russischen Obersten Comaroff mit großem Pompe und allen militärischen Ehren stattfinden soll.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 38 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche Controle der Verloosung aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. Domicilstelle für Wechsel.

Rudolf Beyer, Johannes-Allee No. 7, neben Café König. Tapeten und Fenster-Rouleaux, reichhaltigste Auswahl, erstere von den einfachsten Naturell- und Glanz-, bis zu den feinsten Gold-, Leder- und Velour-Tapeten, Fenster-Rouleaux in jeder Breite zu billigsten Preisen

Nr. 65. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Veränderlich, stellenw. Niederschl., ruhiger, Temp. zieml. dieselbe. Dresden. Freitag, 5. März.

Politisches.

Abermals knallt ein Schuß von der Newa herüber; den Tag des kaiserlichen Jubiläums haben die Meuchler vorübergehen lassen ohne den Versuch, ihre Drohungen zu verwirklichen. War es ein Rest von Scheu, der sie abhielt, gerade an diesem Tage weiter zu schreiten auf ihrer unheimlichen dunkelen Bahn, oder waren die Polizeimaßregeln so wirksam, daß sie Nichts unternehmen konnten? Genug, der 2. März ging glatt vorüber, in einer offenen Droschke fuhr Kaiser Alexander, bejubelt von der Residenzbevölkerung, 1½ Stunde lang unbehelligt spazieren. Dann senkte sich die Nacht auf das festlich erleuchtete und nicht in projektirter Feuersbrunst untergehende Petersburg und — es kam der nächste Tag und brachte ein neues Attentat und zwar, wie zur Ironie, auf jenen Polizeiallmächtigen selbst, dem Leben und Tod, Freiheit und Transportation aller Russen in Palast und Hütte bedingungslos preisgegeben sind. Loris Melikoff heißt der eiserne tartarische Fürst, welcher der Revolte und dem Meuchelmord mit Schlauheit und unermeßlicher Gewalt das Handwerk legen soll — und: „Greifen wir uns just den heraus" — philosophirten die Spötter von Nihilisten, denen Todesfurcht und Bedenken wirklich fremd sein müssen — und knacks ... da ist zwar Melikoff nicht erschossen, aber sein Mantel kugeldurchbohrt und aus solcher Nähe, daß er den Attentäter mit eigener Hand bequem erfassen kann. Was nun? Wenn das Herrn Melikoff Mittags 2 Uhr vor dem Portal seiner eigenen Wohnung, angesichts tausender Spaziergänger passiren konnte — Wer bürgt nun noch für das Ende dieser Mordversuche? — Ob die zweite Hiobspost aus Brüssel, ein Petardenattentat auf die Königin von Belgien, eine geborene österreichische Prinzessin, im Mindesten politischen oder religiösem Fanatismus zuzuschreiben sein wird, darf man bezweifeln; Nichts spricht für die Wahrscheinlichkeit einer solchen Voraussetzung. Aber in Petersburg, da ist die Sache furchtbar ernst geworden. „Köpft alle Nihilisten und Ihr werdet Rußland entvölkern", rief die Sassulitsch den sie verfolgenden Polizisten zu. Bis jetzt hat man diese kühne Aufwieglerin, kühn, voll Muth und Ehrgefühl, nicht aufgefunden und keine Spur sagt, wo sie ist. Und dieser Kampf gegen eine Gewalt, die man nicht kennt und nicht sieht, dürfte den russischen „Ordnungsmännern" noch schwere Tage bereiten.

Es ist müssig, sich die Frage vorzulegen, ob denn in Rußland eine Revolution nothwendig sein werde? Die Revolutionen waren in vielen Staaten Europas nicht nothwendig, wenn es den Trägern der absoluten Gewalt vergönnt gewesen wäre, den unabweisbaren Untergang des alten Systems rechtzeitig einzusehen und die Neugestaltung des öffentlichen Rechtes selber zu unternehmen. Kein Denkender kann es in Abrede stellen, daß die März-Revolution in Preußen nimmermehr eingetreten wäre, wenn Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1847 der Stimme des vereinigten Landtages Gehör und dem Lande eine constitutionelle Verfassung hätte geben wollen, wie sie Sachsen seit 1831 besaß. Auch Rußland hätte der Ausbruch der Krisis erspart werden können, wenn der Kaiser Alexander das Prinzip der absoluten Gewalt aus freiem Entschluß in das einer constitutionellen Monarchie verwandelt hätte, bevor jene Zuckungen einer wild erregten Verschwörung begonnen haben, die jetzt sein Leben bedrohen. Es scheint aber ein Gesetz der Entwickelung in der Menschengeschichte zu sein, daß in den gegebenen Fällen die Gewalt nirgends freiwillig ihre Macht dem Rechte überliefert. Es scheinen den Völkern, wie den Menschen die Geburtswehen nimmermehr erspart zu werden. Die Unthaten der Nihilisten sind nicht die Revolution, sondern die wilden Ausbrüche, welche sie herbeiführen werden. Die Revolution wird in Rußland gerade als das einzige Heilmittel erkannt werden, durch welches man die Unthaten wird beseitigen können und wollen. Der Umschwung, die Umwandlung der absoluten Monarchie in eine constitutionelle, wird gerade von Denjenigen gefordert und endlich durchgesetzt werden, die die nihilistischen Unthaten als eine entsetzliche Krankheitserscheinung erkennen, der unter allen Umständen Einhalt gethan werden muß. Daß die Polizei dies nicht bewerkstelligen kann, das liegt nun auf der Hand. Die Polizei, welche Hunderte verfolgt, wenn sie auf Einen Jagd macht, schafft 99 Feinde des Zustandes, ohne sicher zu sein, den einen Schuldigen herausgefunden zu haben. Sie wehrt nicht dem Unheil, sie vermehrt dasselbe. Leider aber vermehren die Nihilisten auch die Schwierigkeiten einer Einlenkung der Regierung in constitutionelle Bahnen. Kann Alexander II. nach dem Drohen von Moskau, nach dem Dynamit-Experimente im Winterpalaste und endlich nach dem Schuß auf seinen obersten Ordnungsschaffer Melikoff, den Meuchlern eine Hand breit weichen?

Auch ohne Pessimismus kann man das Geschick der Militärvorlage im deutschen Reichstage als entschieden ansehen. Mag man das Liebäugeln des Nationalliberalismus mit der Regierung so deutsam finden, wie man will — er giebt, trotzdem er sich damit brüstet, den Ausschlag nicht, auch dann nicht, wenn der anständigere v. Stauffenberg sich nicht „schweren Herzens losgesagt hätte mit sieben Freunden" von den nationalen Kopfnickern. Den Ausschlag giebt die Gesammtstimmung des Reichstages, dessen extremste Parteien, Windthorst und Bebel, sich in der Versicherung begegnen: Kein Abgeordneter werde schließlich die Mittel zur wirksamen nationalen Vertheidigung der Regierung schmälern wollen. Es handelt sich also nur noch um den Nachweis, daß Rußland und Frankreich ihre Rüstungen mit Hintergedanken an uns unternommen haben, dann — und diese schwarzen Punkte wird der große Elektriseur von der Wilhelmstraße bald vorführen — ist die Bewilligung zweifellos.

Für das magere Preußen fand man 1854 die Militärrüstung, die es tragen mußte, zu drückend. Ja, wenn Deutschland geeint wäre, dann ließe sich Erleichterung schaffen. Es kam 1866 und der geeinte norddeutsche Bund vermehrte die Lasten und sagte: Ja, wir müssen nun erst mit Frankreich abrechnen, das uns die Einigung mißgönnt. 1871 schloß diese Rechnung mit dem westlichen Nachbar endgiltig ab, mit 5 Milliarden Reingewinn — und das Retablissement und steigender Druck waren die Folgen. Endlich 1874 schien ein Rückblick zu lehren: Frankreich denkt nicht an Krieg, vielleicht könnte man jetzt .... Doch es kamen die berühmten officiösen Krieg-in-Sicht-Artikel und Moltke erklärte uns die Revanchegelüste des westlichen Nachbars. Leider müssen wir auf „feste sieben Jahre die schwere Rüstung, welche uns unsere geschichtliche Entwickelung und unsere Weltstellung aufnöthigen, tragen." Nun sind die sieben mageren Jahre für die Civilausgaben vorbei, die Zuvielausgaben für Pulver, Blei und Taktik sollten endlich erträglicher für den 40-Millionen-Friedensstaat gemacht, unserer notorischen Armuth, gegenüber Rußland und Frankreich, angepaßt werden. Da läutet die Nordd. Allg. Ztg.: „Gefahr am Rhein und am Niemen!" Und abermals steigt das Militärbudget um 26 Millionen. Wohin treiben wir, wo ist das Ende des Wettkampfes abzusehen, der das Mark der Länder im Frieden aufzehrt für Kriegsbereitheit? Wer hält es am längsten aus? Wer behält, nach Friedrichs II. Ausspruch „den letzten Thaler in der Tasche, um den Sieg erleben zu können?" Deutschland nicht, denn wir werden ärmer statt reicher und können dem günstigeren Boden und den socialen Verhältnissen der Nachbarstaaten nicht lange mehr Trotz bieten. Bamberger und Bennigsen bewilligen natürlich pure. „Wir lehnen die Verantwortlichkeit ab, die Verhältnisse besser beurtheilen zu können, als die Leitung unserer auswärtigen Politik und unsere vorzügliche Armeeverwaltung." Man darf da wohl fragen, wozu wir denn eine Volksvertretung überhaupt brauchen. Reichensperger, Windthorst, Stauffenberg, Richter und Bebel sind nur über das Maß der Gegenleistung, die die Regierung bieten müßte, uneins. Ob zweijährige Dienstzeit, Fixirung der Mehrlast auf nur 3 Jahre (statt 7), ob alljährliche Budgetvorlage — was davon erreicht wird, hängt von dem jeweiligen Zusammengehen des Centrums mit Fortschritt, Socialisten, linken Liberalen und einigen freien Conservativen zusammen. Der Nationalliberalismus hat, wie stets, die Nation im Stiche gelassen.

Auch in der Silberfrage tauchen kuriose Ansichten auf. Wenn das Reichsschatzamt behauptet, kein Mensch habe wissen können, daß die Goldwährung das Silber so herabdrücken werde — so sollte Herr Scholz doch einige Hundert Zeitungsartikel der Frankfurter Zeitung, der Dresdner Nachrichten, der Volkszeitung u. s. w. nachschlagen. Da wurde allerdings vorausgesagt, was kommen würde. Herrn Bamberger gehen heute noch die Silberverkäufe zu langsam. Warum hat man sie sistirt? Was soll aus unseren vielverdienten Millionären werden? An eine Doppelwährung will man durchaus nicht heran. Und was thut nun der Reichsschatzsekretär? Er sagte:

„Meine Herren, wenn hier vom hohen Hause die Auffassung, daß man rascher mit dem Einziehen unserer alten Landessilbermünzen vorgehen müsse, daß man gut thue, das daraus gewonnene Silber so rasch als möglich zu verkaufen, daß man die Verluste, die sich daraus ergeben und die sich auf einen hohen Betrag noch beziffern würden, auf die Reichskasse übernehmen müßte, wenn dies Alles mit Einstimmigkeit oder mit überwiegender Majorität von der Legislative angenommen werden sollte und in einem Beschluße ausgesprochen würde, so würde dem nicht der anders lautende Beschluß der Regierungen lediglich entgegengestellt werden, sondern er würde mit der ihm zukommenden Aufmerksamkeit geprüft und danach von Neuem Stellung zu der Frage von den verbündeten Regierungen genommen werden."

Wer mit den Nuancen des officiellen Stils einigermaßen vertraut ist, kann leicht zur Ansicht gelangen, daß in diesen Worten in vorsichtigen Formen eine Aufforderung an den Reichstag ausgesprochen ist, sich über seine Stellung zu der Münzfrage in einer Resolution auszusprechen. Es braucht blos der Kanzler entlastet zu werden von der Verantwortung der Verluste, dann kann die Verschleuderung wieder losgehen. Aber ach, wir, die Steuerzahler! Uns kann es gleich sein, ob die Verluste aus der rechten oder linken Tasche bezahlt werden. Wir wünschten: Behalten des Silbers, Beseitigung der elenden Goldtreiberei.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 4. März. Der Gesetzentwurf über Erhebung der Reichsstempelabgaben enthält auch die sogenannte Börsensteuer, welche sich außer auf Actien, Schlußnoten, Schlußzetteln und Lombarddarlehne auch auf Lotterieloose, Quittungen, Checks und Giroanweisungen erstreckt.

Berlin, 4. März. Der Reichstag genehmigte die Vorlage, betreffend die Ergänzung des Militärpensionsgesetzes in dritter Lesung, verwies die Verordnung über die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten an eine 14gliedrige Kommission, genehmigte in zweiter Lesung die an die Budgetkommission verwiesenen Etatstheile des Reichsamts des Innern und der Reichsjustizverwaltung, des Rechnungshofes, des Reichsschatzamtes, der Reichsschuld- und Eisenbahn-Verwaltung, sowie des Reichseisenbahnamtes und der Reichsdruckerei. Bei dem für letztere geforderten Betriebsfonds wurden 450,000 Mk. gestrichen. Mehrere Kapitel des Marineetats wurden gleichfalls nach Anträgen der Budgetkommission erledigt. Hierauf begründet Hänel seinen Antrag, den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage einen Bericht über die Katastrophe bei Folkestone vorzulegen. Lasker hebt hervor, der Antrag bezwecke nicht den Ausspruch des Kriegsgerichts zu kritisiren, sondern klarzulegen, ob, wie die öffentliche Meinung vermuthe, Fehler in der Organisation unseres Marinewesens vorhanden seien. Der Bericht des Kriegsgerichts selbst lasse Systemfehler erkennen, wie mangelhafte Prüfung des „Großen Kurfürst" vor dem Inseelassen, zu geringe Distanz bei der Geschwaderformation und plötzliche Unlenksamkeit des Steuerruders. Admiralitätschef Stosch weist den Vorwurf zurück, daß er die Verantwortung für das Folkestoner Unglück von sich auf Andere abzuwälzen suche, und hebt hervor, die Inspektion der Marine sei nicht abgeschafft, sondern mit dem Ministerium vereinigt, er habe keine wichtigere Anordnung ohne Anhören des Admiralitätsrathes getroffen. Stosch wendet sich gegen einzelne Anführungen Laskers als unbegründet, erklärt, Lasker kenne diese Akten des Kriegsgerichts nicht und habe kein Recht Offiziere anzuschuldigen, deren Unschuld das Kriegsgericht festgestellt. Die Unglücksfälle in der deutschen Marine seien geringer (!) als in anderen Marinen, die deutschen Schiffe legten überall Ehre ein; nothwendig sei die Verlängerung der Dienstzeit der Matrosen, worüber er sich einen entsprechenden Antrag vorbehalte, rasch müsse die deutsche Marine sein, um ihrer Aufgabe zu genügen. Bunsen beantragt Namens der Nationalliberalen den Antrag Hänel der Budgetkommission zu überweisen, wo dann der Admiralitätschef vielleicht Mittheilungen machen könne, die sich für das Plenum nicht eigneten. Mit dem Bestreben Stosch's, mit mäßigen Mitteln in kürzester Frist aus der kleinen Flotte eine große zu schaffen, könne man einverstanden sein. Stosch und Batsch genössen die vollste Liebe und das Vertrauen des gesammten Seeoffizierskorps. (Das von ihnen natürlich abhängig ist. R. d. R.) Minister Stosch dankte Bunsen und erklärte, Batsch werde als einer der tüchtigsten Offiziere der Marine anerkannt. Windthorst ist gegen den Antrag Hänel, der statt an Stosch an den allein verantwortlichen Reichskanzler hätte gerichtet werden müssen. Der Antrag Hänel wird gegen die Stimmen des Fortschritts, der Sozialisten und weniger Nationalliberalen abgelehnt. Im weiteren Verlaufe der Debatte auch der Antrag Ohlen-Adlercron, in betreffendem Kapitel des Marineetats 30,000 M. für den Inspekteur der Marine einzustellen abgelehnt. Der Antrag Bunsen, den Hänel'schen Antrag an die Budget-Commission zu verweisen, wurde gleichfalls abgelehnt.

Locales und Sächsisches.

— Landtag. In beiden Kammern gelangte ein K. Decret zum Vortrag, welches den Schluß des Landtags auf kommenden Dienstag festsetzt. Beide Kammern einigten sich ferner über die Annahme des Gesetzentwurfes über die gewerblichen Lehranstalten. Die 1. Kr. genehmigte die Steuern und Abgaben in der von der 2. Kr. beschlossenen Höhe und wählte dann zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes die Herren Staatsminister a. D. Frhrn. v. Friesen, Justizrath Ströbel und Finanzprocurator Hofrath Beschorner, zu Stellvertretern die Herren Hofrath Adv. v. Könneritz in Dresden und Hofrath Weber in Bautzen. — Die 2. Kammer bewilligte dem Badekommissar zu Elster die ursprünglich abgelehnte Gehaltserhöhung um 900 M. (mit 35 gegen 33 St.). Das Gesetz über die Erhöhung und Erweiterung der Erbschaftssteuer wurde mit der von der 1. Kr. beschlossenen Abänderung genehmigt. Dagegen blieb man bezüglich der Sekundärbahnen bei den früheren Beschlüssen stehen. Wahrscheinlich wird sich die 1. Kr. noch zur Bewilligung der Linie Kirchberg-Wilkau verstehen, während Geithain-Leipzig und Mügeln-Döbeln erst am nächsten Landtag an die Reihe kommen. Zu einer längeren Diskussion führte der von der 1. Kr. wieder aufgenommene Antrag Roth auf Begünstigung solcher Linien, für welche sich die Interessenten zu Leistungen bereit zeigen. Abg. Roth kämpfte nochmals für seinen Antrag. Auf eine Anfrage des Genannten antwortete Finanzminister v. Könneritz: Die Regierung trage Bedenken, Privatbahnen zu concessioniren, die den Zweck verfolgen, den Verkehr von den Staatsbahnen abzulenken; sie habe aber kein Bedenken gegen Concessionirung von Bahnen, die nur dem Lokalverkehr dienen und von der Hauptbahn entfernte Orte mit dieser verbinden sollen, besonders wenn der Bau von den betr. Gemeinden und Interessenten selbst ausgehe und dadurch eine Sicherheit für die wirkliche Inbetriebhaltung gegeben werde. Gegen den Antrag Roth sprechen Abgg. Uhlemann, Dr. Heine, Mehnert, Grimm und Philipp. Nachdem die bahnenlosen Gegenden bisher mit zu den Bahnen in den übrigen Landestheilen beigetragen, sei es ungerecht, ihnen eine Extrasteuer aufzuladen; besonders trete diese Ungerechtigkeit dann hervor, wenn es sich um ärmere Gegenden handele (Müglenthalbahn!). Uebrigens hätten die zu Expropriirenden nicht den Hauptnutzen von den Bahnen. Durch den Antrag Roth werde ein förmliches Auctionssystem geschaffen. Für den Antrag verwenden sich Abgg. Dr. Krause und Dr. Pfeiffer. Ersterer warf Uhlemann Interessenpolitik vor und holte sich dafür eine gelinde Rüge des Präsidenten. Abg. Dr. Heine meinte, alle Menschen wären Egoisten und die Großstädter sollten sich nur nicht einbilden, sie wirkten blos im Interesse der Menschheit im Allgemeinen. Schließlich fanden sich blos 9 Stimmen für den Roth'schen Antrag. Tant de bruit pour une omelette! Zu einer lebhaften Debatte führte noch die Beschwerde der Gemeinde Tolkewitz über die Bewilligung, welche vom Landesconsistorium der Dresdner Kreuz-, Frauen- und Johannes-Kirchen-Parochien zur Anlegung eines Friedhofes auf Tolkewitzer Flur (zur Parochie Leuben gehörig) ertheilt worden ist. Der westliche Theil der Tolkewitzer Flur ist fast in seiner ganzen Ausdehnung, vom Blasewitzer Tännicht an bis zur Vereinigung des Blasewitz-Tolkewitzer Weges und der Dresden-Pillnitzer Straße zu Bauland mit Villenstyl bestimmt. Der Bebauungsplan ist mit behördlicher Genehmigung fertiggestellt, Straßen sind tracirt und unmittelbar daran stehen werthvolle Häuser 2c. Nun haben die genannten Dresdner Parochien einen bedeutenden Theil des fraglichen Terrains zu Anlegung eines Kirchhofes erworben. Tolkewitz und Seidnitz (letzteres ist inzwischen zurückgetreten) haben die nöthigen Schritte gethan, um das drohende Unheil abzuwenden. Die Beschwerde der Gemeinde Tolkewitz richtet sich jetzt gegen das Ministerium des Innern. Petenten beklagen sich darüber, daß das Ministerium sich der Entscheidung über die Angelegenheit zu Gunsten des Landes-Consistoriums begeben und den Beschluß der Amtshauptmannschaft gegen die Anlegung eines Gottesackers verworfen habe. Die Deputation war der Meinung, das Ministerium hätte nicht auf seine Kompetenz dem Consistorium gegenüber verzichten dürfen. Der Referent Abgeordneter Käuffer wies dann auf die Nothwendigkeit der Anlage eines Centralfriedhofes für Dresden (in der Dresdner Haide) hin. Das Areal, welches er im Auge habe, sei näher gelegen als das Tolkewitzer. Abg. Berndt sprach sehr warm für die Tolkewitzer Eingabe. Es handle sich hier um das schönste Terrain im Elbthale. Durch Anlage eines Gottesackers auf demselben würden die betreffenden Gemeinden auf Jahrhunderte hinaus ruinirt. Wenn es der Leubener Parochie einfallen sollte, in Dresden ein Areal zu kaufen und darauf schließlich einen Friedhof anzulegen, würde gewiß ein großes Geschrei erhoben werden. Die öffentliche Meinung sei gegen das Projekt; er würde es gern sehen, wenn der bezügliche Beschluß redressirt würde, damit sich die aufgeregte öffentliche Meinung beruhige. Das Beste würde sein, wenn sich Dresden schließlich doch noch zur Anlage eines Central-Friedhofes entschlösse, wofür sich am besten die Dresdner Haide eigne, welche durch einen Schienenstrang mit der Stadt zu verbinden wäre. Minister v. Nostitz-Wallwitz erklärte, das Landesconsistorium würde gewiß seinen Beschluß ändern, wenn seitens der obersten Verwaltungsbehörde polizeiliche Bedenken geäußert würden. Die Frage sei nur, ob auch wirthschaftliche Bedenken entscheidend sein sollen. Früher habe sich die Kammer dagegen erklärt (Großer Garten). Abg. Müller-Colditz wünschte Revision des einschlagenden Gesetzes. Abg. Heger hat als Mitglied der vereinigten Parochie gegen das Tolkewitzer Areal gestimmt, aber nur wegen der Entfernung, damit die „Predigt der Gräber", die oft wirksamer als jede andere, der Bevölkerung erhalten